

**Fachtagung – Überwachung am Arbeitsplatz verhindern,  
Arbeitnehmerrechte stärken!**

# **Erfahrungsbericht vom Umgang mit Datenschutz bei der Deutschen Bahn**

**„Es gab nie eine Überwachung  
oder Ausspähung...“**

## 03. Juni 2008

Zusammenarbeit DB AG mit Fa. Network wird im Zuge Telekom bekannt (Handelsblatt)

Anti-Korruptionsbeauftragten der Bahn, Wolfgang Schuppensteiner, betont in Medien, anders als bei Telekom habe es bei der Bahn „keine Aufträge zur Beschaffung nicht öffentlich zugänglicher Daten gegeben

**20. Juni 2008**

**Antwort an Regierung auf Anfrage der Grünen**

**DB erklärt:**

- Fa. Network zu keiner Zeit mit Überwachung wie in der Presse dargestellt, beauftragt
- Zusammenarbeit mit Network ausschließlich Unterstützung der Konzernrevision zur Bekämpfung von Korruption
- von 1998 bis 2007 hat DB AG Fa. Network in mehreren Fällen in diesen Rahmen beauftragt

**16. Juli 2008**

**Gegendarstellung im Tagespiegel von Fa. Network:**

„...wir haben nie Telefonverbindungen oder Bankdaten für die DB AG ausgeforscht.

Wir haben keine Personen für die DB AG komplett durchleuchtet und auch keine Steuererklärungen beschafft. Wir sind mit keiner dieser Leistungen von der DB AG beauftragt worden....“

**21. Januar 2009**

**Stern:** DB hat mehr als 1.000 MA + Ehepartner ausforschen lassen, Datenschutz Berlin sieht „erhebliche Verstöße“, viel. sogar Straftaten

Datenschutzbeauftragter Berlin (Dix):  
hält Aktionen nicht rechtens, erhebliche Verstöße gg.  
Datenschutzgesetz,

**21. Januar 2009**

**Bahn-Pressemitteilung:**

Stellungnahme zu Stern-Bericht über angeblichen  
Datenskandal:

DB-Vergleich mit Lidl und Telekom ist blühender Unsinn  
Faktenlage anders...

Deutsche Bahn beispielhaft im Kampf gegen  
Wirtschaftskriminalität und Korruption:

„Mit aller Härte gegen diese Übel“

## **28. Januar 2009**

### **Bahn-Pressmitteilung**

#### **DB-Stellungnahme zur Sitzung des Verkehrsausschusses:**

DB-Stellungnahme zur Sitzung des Verkehrsausschusses: Datenabgleich hat nichts mit Ausspähung zu tun und ist rechtlich nicht zu beanstanden. Befragung Schaupensteiner habe ergeben, dass DB-MA keine strafrechtlichen relevanten Taten begangen haben, der Abgleich von MA- und Lieferantenadressen rechtlich nicht zu beanstanden, dieses Verfahren soll DB von ihrer Wirtschaftprüfungsgesellschaft empfohlen worden sein.

**29. Januar 2009**

**Süddeutsche:**

Bahn hat nach Angaben eines Sprechers zwar den Prüfungsausschuss des AR informiert, aber die anderen AR-Mitglieder wussten davon offenbar nichts...

**29. Januar 2009**

**TRANSNET-Pressemeldung:**

- Konsequenzen + Aufklärung gefordert, Einführung Kontrollgremium
- Salami-Informationstaktik beenden

**Interview Hommel und Stern:**

- Rasterfahndung, geht auf keinen Fall,
- Vorstand hat AR nicht informiert, Vorstand hat getäuscht, personelle Konsequenzen

## 30. Januar 2009

### **Medien:**

Bundesdatenschutzbeauftragter fordert neue Regeln, welche Daten erhoben werden dürfen etc.

### **Süddeutsche:**

**Protokoll von Gespräch zwischen Datenschutz und DB AG vom Oktober 2008:** weder Betriebsrat noch

Datenschutzbeauftragter der DB AG waren informiert, man habe Zweifel an der „Diskretion des zu geschwätzigen Betriebsrates“

### **Focus:**

SPD-Verkehrsexperte Rainer Fornahl: ...schon 1998 habe Ludwig den KBR und Bahn-Datenschützer darüber informiert...

**30. Januar 2009**

**Bahn-Pressemitteilung:**

**DB schaltet Staatsanwaltschaft ein**

Die Deutsche Bahn hat am Freitag die Staatsanwaltschaft in Berlin eingeschaltet, um Vorwürfe über angebliche Verstöße beim Datenschutz der Bahn klären zu lassen.

Mehdorn: „Weitestgehender Schritt, um Transparenz und Aufklärung zu schaffen. Unverantwortlicher Skandalisierung den Boden entziehen“

**31. Januar 2009**

**TRANSNET-Pressemeldung:**

TRANSNET und Verkehrsgewerkschaft GDBA fordern Sondersitzung des Aufsichtsrates

## 03. Februar 2009

Dienstag, 03.02.2009

Drucken PDF generieren Fenster schließen

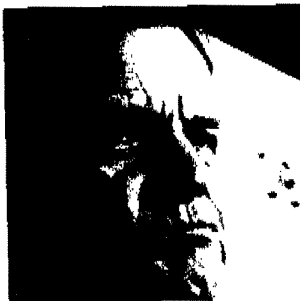
# Handelsblatt.com

03.02.2009 , 07:17 Uhr

## Wurden Bankdaten schon im Jahr 2000 überprüft?

### Neuer Spähverdacht bei der Bahn

Die Spitzelaffäre der Deutschen Bahn bedroht die Position von Bahnchef Hartmut Mehdorn. Nun musste der Konzern einräumen, dass es einen weiteren Verdacht auf Missbrauch mit Bankdaten gebe. Der Fall stützt sich auf Recherchen des Handelsblatts.



Die Spitzelaffäre der Deutschen Bahn bedroht die Position von Bahnchef Hartmut Mehdorn. Quelle: ap

dhs/ek/iw BERLIN/DÜSSELDORF. Für Mehdorn kommen die neuen Verdachtsmomente äußerst ungelegen, denn in der Politik und bei den Gewerkschaften wächst die Kritik. So äußerte sich am Montag erstmals auch das Bundeskanzleramt kritisch zur Affäre. "Die Kanzlerin stützt ausdrücklich den Kurs des Verkehrsministers in dieser Frage", sagte Regierungssprecher Thomas Steg. Tiefensee hatte Mehdorns Verhalten in der Affäre um die Datenkontrolle bei 170 000 Mitarbeitern hart kritisiert: "Das hat nichts mit guter Unternehmenskultur zu tun." Mehdorn wiederum hatte gekontert und den Minister als nicht zuständig bezeichnet.

Die Bahn hatte am Montag eingeräumt, einem weiteren möglichen Verstoß aus dem Jahr 2000 nachzugehen. Dabei geht es um einen Fall, bei dem das Kölner Sicherheitsunternehmen Argen GmbH eingeschaltet worden war. Anlass war damals, dass Mitarbeiter die Bahntochter DB Regio durch Aufträge für ein Marketingprojekt in Millionenhöhe geschädigt haben sollen. Die Überprüfung, die

vergangene Woche durch eine Anfrage des Handelsblatts ausgelöst worden sei, werde mit Hochdruck fortgeführt, erklärte die Bahn. "Sollte sich der Verdacht bestätigen, werden wir Konsequenzen ziehen", sagte Mehdorn.

**05. Februar 2009**

**„Frankfurter Erklärung“ der TRANSNET und GDBA zur Datenaffäre**



---

Frankfurt am Main, 05. Februar 2009

### **FRANKFURTER ERKLÄRUNG**

Die Kontrolle und Überwachung der Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG hat offenbar weit größere Ausmaße als bisher angenommen. Seit Wochen kommen immer neue Tatsachen auf den Tisch. Und seit Wochen gibt die Konzernspitze jeweils nur zu, was nicht mehr zu verleugnen ist.

Für die Gewerkschaft TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA geht es jetzt vor allem um Aufklärung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen und müssen wissen, wann welche Daten von ihnen erhoben worden sind, warum dies geschehen ist und was mit den Daten passiert ist. Außerdem muss klar geregelt werden, wie künftig mit ihren Daten umgegangen werden soll.

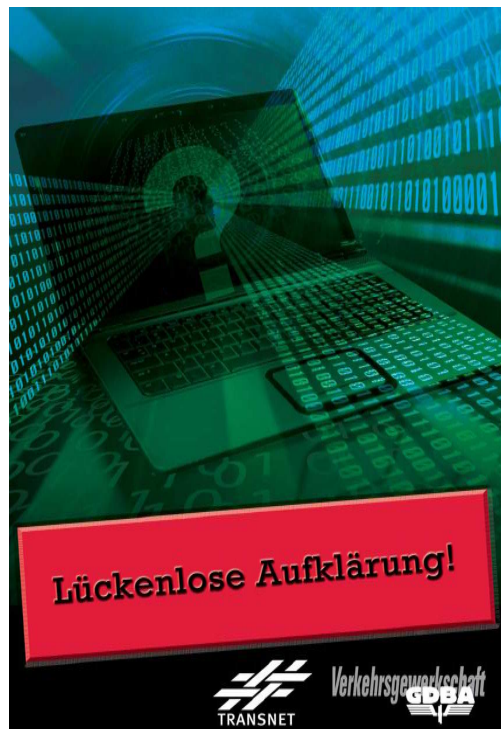
## Frankfurter Erklärung

**Der Hauptvorstand der TRANSNET und der Bundesvorstand der GDBA fordern:**

1. Vom Bahnvorstand eine unmissverständliche Entschuldigung bei allen Beschäftigten und Familienangehörigen, deren persönliche Daten ungerechtfertigt überprüft wurden. Sollte der Bahnvorstand den Aufforderungen nicht nachkommen, müssen nach Auffassung von TRANSNET und GDBA personelle Konsequenzen erfolgen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen zeitnah und umfassend über den Datenabgleich informiert werden.
2. Die Einberufung einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung bis spätestens 10. Februar 2009 und die Beauftragung einer externen Untersuchung im Auftrag des Aufsichtsrates zur lückenlosen Aufklärung des Sachverhaltes.
3. Stopp, aller laufenden und weiteren Handlungen seitens des Unternehmens bis Klarheit geschaffen ist.
4. Von der Bundesregierung und der Politik erwarten wir, dass die Rechte der Arbeitnehmer durch ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz geschützt und den Unternehmen klare Grenzen gesetzt werden.

### 3. Februar

Ein weiterer Mitarbeiterbrief: Sollte der Eindruck entstanden sein, der Vorstand misstraue seinen Beschäftigten, wird dies bedauert. Es habe bei den Aktionen eine falsch verstandene Gründlichkeit gegeben. TRANSNET und GDBA verlangen nach wie vor eine lückenlose Aufklärung und eine eindeutige Entschuldigung. Am gleichen Tag wird bekannt, dass die DB AG 2005 ein weiteres „screening“ durchführte. Diesmal waren alle Beschäftigten betroffen.



### 4. Februar

In einem Spitzengespräch zwischen DB-Führung und den Gewerkschaften wird abermals deutlich, dass sich die Affäre nicht im kleinen Kreis klären lässt. Die Gewerkschaften sind nicht bereit, eine gemeinsame Erklärung mit der Konzernführung abzugeben. TRANSNET und GDBA fordern eine Sondersitzung des Aufsichtsrates.

### 6. Februar

Nachdem zunächst heftiger Streit mit dem Aufsichtsrats-Vorsitzenden über den Termin der Sondersitzung entflammte, können sich TRANSNET und GDBA mit ihren Forderungen durchsetzen: Untersuchung, Aufklärung, Transparenz. Die Sitzung wird für den 18. Februar anberaumt.

**08. Februar 200**

**„Welt“ und „Frankfurter Rundschau“  
berichten über einen anonymen Brief  
von Mitarbeitern der Konzernrevision:  
Mehdorn sei immer wieder über  
Aufträge an Network und Ergebnisse  
der Ermittlungen informiert worden.**

## 09. Februar 2009

### Ausweitung der Datenaffäre auf die Beschäftigten beim BEV und EBA.

TRANSNET verlangt, dass die einzelnen Kolleginnen und Kollegen erfahren, was mit ihren Daten geschehen ist und welche Ergebnisse mit dem Abgleich erzielt wurden.

Der Kampf gegen Korruption ist richtig. Nur hat jeder Kampf auch Grenzen. Diese dürfen nicht überschritten werden.

09.02.2009  
Bea-Info 04-2009

info



### Schnüffel-Aktionen :

### Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BEV und EBA heimlich bespitzelt?

**TRANSNET-Vorstand Martin Burkert fordert in einem persönlichen Brief den Bahnchef zur Klarstellung auf**

Die Bahn verfolgt die Wirtschaftskriminalität innerhalb des Konzerns mit einer speziell geschaffenen Organisations- und Ermittlungsstruktur. Zur Bekämpfung von Korruption haben diese Organisationseinheiten Datenabgleiche der Mitarbeiter bei der DB AG veranlasst. Der Kreis der Überprüften wurde aber nicht näher erläutert. Die Schnüffel-Affäre im Bahnbereich muss vollständig aufgeklärt werden. Der DB-Vorstand muss erklären, warum die Daten von über 170.000 Personen mit externen Dateien abgeglichen wurden.

### **TRANSNET fordert Klarstellung vom Bahn-Chef**

Vorstandsmitglied Martin Burkert hat in einem persönlichen Brief Herrn Mehdorn zur Klarstellung aufgefordert – dort heißt es:

*„...Ich bitte Sie um eine zeitnahe Auskunft darüber, ob Sie ausschließen können, dass auch Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundeseisenbahnvermögens bzw. des Eisenbahn-Bundesamtes auf Korruptionsverdachtsfälle überprüft wurden...“*

## 10. Februar 2009

**Die DB AG veröffentlicht ihren Bericht – und gibt zwei weitere Screenings zu. Insgesamt seien sämtliche Mitarbeiter dreimal, zusätzlich die Führungskräfte zweimal untersucht worden.**

**Dabei könne es auch zu Rechtsverstößen gekommen sein. Auch Kontobewegungen wurden erforscht. Der Vorstand habe von all diesen Vorgängen nichts gewusst; verantwortlich sei vielmehr die Konzernrevision. Deren Chef, Josef Bähr, wird am selben Tag beurlaubt.**

## 18. Februar 200

### Aufsichtsrat beschließt lückenlose Aufklärung

In der Schnüffel-Affäre haben sich TRANSNET und GDBA mit ihren Forderungen durchgesetzt. Alle Vorgänge sollen rückhaltlos aufgeklärt werden. Das hat der Aufsichtsrat auf einer Sondersitzung beschlossen.

Konkret heißt das: Der Aufsichtsrat bildet einen speziellen Ausschuss. Ihm gehören drei Arbeitnehmer-Vertreter an. Auch werden externe Experten herangezogen.

Unter anderem eine Anwaltskanzlei mit den früheren Bundesministern Gerhart Baum und Herta Däubler-Gmelin. Sie werden direkt an den Ausschuss berichten. Erst wenn alles aufgeklärt ist, wird auch über personelle Konsequenzen zu reden sein. Wichtig ist jetzt, dass die DB alles tut, um das zerrüttete Vertrauen der Beschäftigten wieder herzustellen.

**04. März 2009**

**Mehdorn selbst im Verkehrsausschuss. Der Auftritt wird überschattet von Vorwürfen von Baum und Däubler-Gmelin: sie seien vom Bahn-Vorstand in ihrer Arbeit behindert worden.**

**Zudem wird der Verdacht geäußert, die Bahn habe gezielt Akten vernichtet. Im Verkehrsausschuss können diese Vorwürfe nicht entkräftet, aber auch nicht belegt werden.**

14. März 2009

**Aufsichtsräte und KBR  
reden Klartext:**

Sollte Mehdorn und seine  
Vorstandskollegen  
Aufträge erteilt oder von  
den Bespitzelungen  
gewusst haben, müssen  
personelle  
Konsequenzen gezogen  
werden.

Mehdorn streitet zu  
diesem Zeitpunkt nach  
wie vor alles ab.

info

14.03.2009



**DB-Schnüffel-Affäre:  
Druck zur Aufklärung verstärken**

Die Ereignisse der letzten Wochen in der Schnüffel-Affäre zeigen, dass offenbar mehr Druck gemacht werden muss. TRANSNET und GDBA haben deshalb ein Positionspapier erarbeitet. Dabei geht es auch um die Frage, wie lange die Verantwortlichen noch zu halten sind.

Sollten DB-Chef Mehdorn oder andere Vorstände von den Vorgängen gewusst haben oder diese Aufträge erteilt haben, sind Rücktritt oder Abberufung die einzige Konsequenz. Das gilt auch für den Fall, dass es Schnüffelei außerhalb von Korruption oder Wirtschaftskriminalität gegeben hat. Die Verantwortlichen an der DB-Spitze sind ebenfalls nicht zu halten, sollten sie die Ermittlungen zur Aufklärung der Affäre behindern. Wir erwarten uneingeschränkte Unterstützung.

Kolleginnen und Kollegen, die Hinweise zur Aufklärung der Schnüffel-Affäre geben können, sollten sich an die Ansprechpartner von TRANSNET und GDBA bzw. die vom Aufsichtsrat beauftragten Anwälte wenden. Sämtliche Kontaktdaten findet ihr bei uns im Internet. Selbstverständlich werden diese Hinweise auch vertraulich behandelt.

**27. März 2009**

info

27.03.2009



**DB-Schnüffel-Affäre:**

### **Es reicht - Mehdorn muss gehen**

In der Schnüffel-Affäre ist das Maß endgültig voll. TRANSNET und GDBA fordern den Rücktritt von Hartmut Mehdorn als Bahn-Chef. Geht Mehdorn nicht, muss der Bund als Eigentümer handeln und ihn ablösen.

Die Beschäftigten sind mehrmals „gescreent“ worden. Der Konzern hat auch E-Mails überwacht – die von Beschäftigten und Betriebsräten, offenbar auch von Journalisten. Das hat mit „Korruptionsbekämpfung“ nichts mehr zu tun.

An diesem Punkt ist die Frage nicht mehr, ob Mehdorn davon wusste oder nicht. Der Vorstand muss jetzt endlich die politische Verantwortung übernehmen. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Mehdorn ist nicht mehr möglich.

Es geht jetzt aber nicht um eine Personaldiskussion. Die Politik muss sich schnell dazu positionieren, welche Ziele sie mit der Deutschen Bahn verfolgt. Es geht um die Zukunft des integrierten Konzerns und um die Zukunft des Systems Schiene insgesamt. Erst am Schluss steht die Personalfrage. Und die Sachaufklärung in der Datenaffäre darf darunter nicht leiden. Sie muss jetzt weiter vorangetrieben werden.

**Im Vorfeld der Aufsichtsratssitzung berichten „Spiegel“ und „Süddeutsche“, die DB AG habe auch in großem Maße E-Mails der Beschäftigten kontrolliert.**

**GDL-Chef Weselsky mutmaßt, dies habe auch Streikinformationen der GDL betroffen.**

**In der Aufsichtsratssitzung wird der Verdacht bestätigt. Die Bahn gibt zu, E-Mails seien gezielt kontrolliert worden.**

**TRANSNET und GDBA fordern Mehdorn auf, Konsequenzen zu ziehen. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sei mit dem Bahnchef Mehdorn nicht mehr möglich.**

Martin Buch

TRANSNET, Unternehmensmitbestimmung

## 31. März 2009

Vertrauen wieder herstellen – Konzern weiterentwickeln  
Die Regierungskoalition sucht nach einem neuen Bahn-Chef. TRANSNET und GDBA haben im Vorfeld der Entscheidung noch einmal ihre Anforderungen deutlich gemacht.

Ein neuer Vorstands-Chef muss

- das Vertrauen zwischen Belegschaft und Management wieder herstellen,
- sich für den Erhalt des integrierten Konzerns einsetzen,
- die Bahn insgesamt weiterentwickeln.

Nicht Köpfe und Namen zählen, sondern klare Positionen und inhaltliche Weichenstellungen. Wir sind bereit, mit einem Bahn-Chef zusammenzuarbeiten, der diese Anforderungen erfüllt. Diese Entscheidungen müssen schnell gefällt werden. Denn die Bahn kann keinen Stillstand gebrauchen.

06. April 2009

## Memorandum zwischen Gewerkschaften und designiertem Bahnchef Grube

Herr Grube hat zugesagt, dass die unsägliche Datenaffäre lückenlos aufgeklärt wird. Er ist auch bereit, die dann möglicherweise nötigen, strukturellen und personellen Konsequenzen zu ziehen.

Im Memorandum trifft Grube Aussagen über den Erhalt des integrierten Bahnkonzerns. *„Dazu dient insbesondere eine klare Zielorientierung des Unternehmens. Eigentümer und Gewerkschaften bekennen sich zum integrierten Konzern als Geschäftsmodell auch der Zukunft.“*

Es ist uns damit gelungen, einen weiteren Pflock zur Absicherung der Arbeitsplätze im DB-Konzern zu setzen. Dies ist besonders wichtig, da wir nicht wissen, welche politischen Weichenstellungen das Ergebnis der Bundestagswahl im Herbst herbeiführt.

# info

03.04.2009

  
  
Verkehrsgewerkschaft

**Mehdorn-Nachfolge :  
Kein Blankoscheck für Grube –  
Anforderungen werden formuliert**

Die Spitzengremien von TRANSNET und GDBA beraten am Montag über den Vorschlag zur Besetzung des Chefpostens bei der DB AG. Die Bundesregierung hatte den Daimler-Manager Rüdiger Grube dafür nominiert. TRANSNET-Hauptvorstand und Bundeshauptvorstand der GDBA werden diesen Vorschlag gründlich prüfen.

Die Gremien kommen deshalb am Montag in Berlin zusammen. An der Tagung wird auch der vorgeschlagene DB-Chef teilnehmen und sich den Fragen unserer Gewerkschaften stellen. Erst dann werden sich TRANSNET und GDBA positionieren. Und erst dann ist eine Entscheidung möglich.

Für uns ist der Erhalt des integrierten Konzerns ein zentraler Punkt. Wir erwarten von der Bundesregierung, aber auch von Herrn Grube, ein klares Bekenntnis dazu. Nur der integrierte Konzern sichert langfristig den Erhalt von Arbeitsplätzen. Vom vorgesehenen DB-Chef erwarten wir allerdings auch, dass er das Vertrauen der Beschäftigten zurück gewinnt. Dieses hat nicht zuletzt durch die Schnüffel-Affäre erheblich gelitten.

**28. April 2009**

**Forderungen eines  
Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes**

**Politik wird wiederum aufgefordert  
(endlich) aktiv zu werden.**

**Bis auf die Anpassung des § 32 BDSG  
hat die Politik vor der Bundestagswahl  
2009 nicht unternommen.**

## Grundsatzpapier

Eckpunkte eines Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes



Stand: 28.04.2009

Im Rahmen der Datenaffäre bei der Deutschen Bahn kam es zu gravierenden Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, Fehlverhalten von Führungskräften, und zur Missachtung von Mitbestimmungsrechten der betrieblichen Interessenvertretungen, Betriebsvereinbarungen und Persönlichkeitsrechten.

Die hierzu andauernden Ermittlungen zur lückenlosen Aufklärung aller Tatbestände bei der Deutschen Bahn müssen auch nach dem Wechsel an der Bahnspitze fortgeführt werden.

Zudem haben die Vorfälle im Bahnkonzern aber auch die Lücken in der Gesetzgebung eindrucksvoll deutlich gemacht. Daher müssen auch die gesetzlichen Bestimmungen zum Arbeitnehmerdatenschutz erweitert und verbessert werden.

Gerade durch den in den letzten Jahren immer stärker werdenden Einsatz von elektronischer Kommunikation am Arbeitsplatz und den damit verbundenen Missbrauchs- und Kontrollmöglichkeiten muss für Arbeitnehmer sowie Mitarbeitervertretungen aber auch für Arbeitgeber Rechtssicherheit geschaffen werden.

Als dringend regelungsbedürftig haben sich aber u.a. auch die Bereiche Umgang und Erhebung von Gesundheitsdaten, Detektiveinsätze, Videoüberwachung und Informantenschutz erwiesen.

Deshalb haben TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Vorkommnisse bei der Deutschen Bahn AG nicht nur die umfassende Aufklärung gefordert, sondern auch die Schaffung rechtlicher Regelungen in einem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

In der Zwischenzeit haben sich bereits maßgebliche politische Kräfte der Forderung der Gewerkschaften angeschlossen. Leider hat die Bundesregierung zwar die Notwendigkeit solcher Regelungen anerkannt, aber die notwendigen politischen Entscheidungen in die nächste Legislaturperiode verschoben.

Dieses erneute Verschieben eines seit Jahren auf der politischen Tagesordnung stehenden Problems werden die Gewerkschaften nicht akzeptieren und ihre Forderungen immer wieder öffentlich deutlich machen.

Das von TRANSNET und der Verkehrsgewerkschaft GDBA geforderte Arbeitnehmerdatenschutzgesetz muss dem Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gewährleisten und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung umsetzen.

**13. Mai 2009**

## **Abschlussbericht zur Datenaffäre bei der Bahn Forderungen von TRANSNET und der Verkehrsgewerkschaft GDBA erfüllt**

Die Vorsitzenden der Gewerkschaft TRANSNET und der GDBA, Alexander Kirchner und Klaus-Dieter Hommel, begrüßen die Ankündigung des neuen Bahnchefs Rüdiger Grube, strukturelle Veränderungen vorzunehmen sowie die Bereiche Datenschutz, Compliance und Recht in einem Vorstandsressort zu bündeln.

Der Bericht der Ermittler hat gerade in diesem Bereich erschreckende Organisationsmängel aufgezeigt. In Zukunft muss verhindert werden, dass sich solche Schnüffel-Aktionen nicht mehr wiederholen können.

**Eines ist klar: Ohne die Bemühungen der Gewerkschaft TRANSNET und der Verkehrsgewerkschaft GDBA hätte es die Aufklärung in diesem großen Rahmen nicht gegeben.**

So waren wir es, die Anfang des Jahres die lückenlose Aufklärung aller Vorkommnisse in Bezug auf die Schnüffel-Affäre forderten.

TRANSNET und Verkehrsgewerkschaft GDBA haben sich dafür eingesetzt, dass es im Februar 2009 zu einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung gekommen ist. Die damalige Bahnführung wollte diese erste Sitzung zunächst verhindern. Sie musste sich jedoch dem Druck der Gewerkschaften beugen.

Auch ist den Interessenvertretern zu verdanken, dass der Aufsichtsrat neben der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG auch die unabhängigen Anwälte Dr. Gerhart Baum und Prof. Herta Däubler-Gmelin für die Aufklärungsarbeiten bestellt hatte.

Wäre es nach dem damaligen Bahnvorstand gegangen, wären die Recherchearbeiten allein durch eine von der Bahn bestellte Anwaltskanzlei durchgeführt worden.

## **Die Gewerkschaft TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA haben zur weiteren Aufbereitung ein Sieben-Punkte-Programm erarbeitet:**

### **Strukturelle Veränderungen**

Wir begrüßen, dass die Bereiche Datenschutz, Compliance und Recht zukünftig in einem eigenen Vorstandsressort gebündelt werden sollen. In Zukunft muss verhindert werden, dass sich ein solcher Bereich noch einmal verselbstständigt. Auf höchster Ebene soll ein Kontrollgremium gebildet werden in dem auch die Arbeitnehmervertreter und Interessenvertretungen eingebunden werden.

### **Veränderungen / Anpassung der Regelwerke**

Sämtliche bestehenden Konzernbetriebsvereinbarungen und Konzernrichtlinien zum Thema Datenschutz und Compliance müssen nun auf den Prüfstand gestellt werden. Alle gesetzlichen Lücken müssen geschlossen werden. TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA haben die Bundesregierung bereits aufgefordert, auf dem schnellsten Wege ein Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus wollen wir eine KBV zum Arbeitnehmerdatenschutz abschließen, die über die bisherigen gesetzlichen Regelungen hinausgeht.

### **Personelle Konsequenzen**

Nach dem Rücktritt von Hartmut Mehdorn werden nun die Vorstandsmitglieder Bensel, Suckale und Wiesheu den Konzern verlassen. Sie übernehmen damit die von den Interessenvertretungen und Gewerkschaften geforderte politische Verantwortung. Darüber hinaus ist der Vorstand aufgefordert, weitere personelle Konsequenzen bei den Managern der zweiten Reihe zu ziehen. Aufgrund der fragwürdigen Vorgehensweise im Rahmen der Bekämpfung von Korruption ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesen Führungskräften nicht mehr möglich.

### **Weitere Aufklärung**

Im Rahmen der weiteren Aufklärung soll jeder Mitarbeiter, der von den illegalen Machenschaften im Rahmen der Schnüffelaffäre betroffen war oder ist, informiert werden. Wenn der einzelne Mitarbeiter dies wünscht, werden weitere Recherchen über das wie, wann und weshalb angestellt. Die Ergebnisse der von den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat initiierten Untersuchungen, werden dem Datenschutzbeauftragten des Bundes und des Landes Berlin sowie der Staatsanwaltschaft für weitere Ermittlungen übergeben.

## **Wiedergutmachung**

Hier steht die moralische Wiedergutmachung an erster Stelle. Der große Vertrauensverlust, der durch die Ausspähung und Überwachungsaktionen bei den Beschäftigten entstanden ist, kann so schnell nicht wieder gut gemacht werden. Die Beschäftigten haben jedoch eine Entschuldigung verdient. Dies könnte der erste Schritt der Bahnführung zur Wiederherstellung einer Kultur des Vertrauens sein. Neben der moralischen Verpflichtung muss es jedoch auch zum Ausgleich von möglichen wirtschaftlichen Nachteilen kommen.

## **Umgang mit den Berichten und Auswertungen**

Der Abschlussbericht besteht aus einer Reihe von Teilberichten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG und der o.g. Anwaltskanzleien mit verschiedenen Schwerpunkten. Um die Mitarbeiter im Bahnkonzern, aber auch die Öffentlichkeit umfassend und transparent über die Ergebnisse informieren zu können, wird eine Zusammenfassung der Ergebnisse veröffentlicht werden. (Die Auswertung ist als Anlage beigefügt.)

## **Öffentlichkeitsarbeit**

Heute und in Zukunft muss Vertrauen aufgebaut und müssen Verstöße gegen das Gesetz verhindert werden. Dazu sind die Gewerkschaft TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA fest entschlossen. Transparenz und moralische Verantwortung stehen dabei an erster Stelle.

## Lösungen und Maßnahmen

**Überarbeitung des Regelwerkes – über 100  
(Konzern-) Betriebsvereinbarungen und Konzernrichtlinien**

**Implementierung eines Compliance-Ausschusses auf Ebene  
des Aufsichtsrates / der Aufsichtsräte**

**Errichtung eines Datenschutz-Beirates (analog ver.di-Modell  
bei der Telekom), u.a. mit Besetzung externer, unabhängiger  
Beobachter**

**Abschließende Prüfung der letzten Einzelfälle auf moralische  
und /oder monetäre Wiedergutmachung**

**Aktiver Datenschutz, Definition von Kontroll- und  
Überwachungsfunktionen – Datenschutzbeauftragte benennen**

## **Datenschutz schützt Menschen ...**

### **... nicht Daten**

**Die Aufklärung ist bis zum  
heutigen Tag nicht abschließend beendet.**

**Wir sind dank der getroffenen Maßnahmen  
jedoch einen großen Schritt vorangekommen.**

**Dies ist eine notwendige Voraus-  
setzung für einen echten Neuanfang bei der Bahn.**

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !!!**